

Daniel Tybussek  
Bürgermeister der Stadt Mühlheim am Main

mühl  
heim  
am  
main

Bürgermeister der Stadt Mühlheim am Main  
Friedensstraße 20 | 63165 Mühlheim am Main

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin



Datum: 21.01.2016

Friedensstraße 20  
63165 Mühlheim am Main  
Rathaus  
Telefon 06108 - 601 0  
www.muehlheim.de

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

ich wende mich heute in einem offenen Brief zur aktuellen Situation „Unterbringung von Flüchtlingen“ an Sie.

***"Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert."***

Dieses Zitat von Lampedusa hat in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingssituation eine ganz besondere, fast schon dramatische Bedeutung.

Aus vielen Gesprächen, die ich in den letzten Tagen und Wochen mit übergeordneten Stellen führen konnte, habe ich erfahren, dass der Zustrom nicht nachlassen wird, obwohl keine kommunalen Unterbringungsmöglichkeiten mehr vorhanden sind. Neben der ungelösten Frage der Unterbringung besteht die große Sorge, dass die vielen ehrenamtlichen Helfer kaum noch in der Lage sind, ihren so dringend benötigten Einsatz bei steigenden Zuweisungen weiterhin leisten zu können.

Unser Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner am 3. Oktober gehaltenen Rede zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der deutschen Einheit mahndend auf folgendes hingewiesen: ***„Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich!“***

Vorzimmer  
Doris Schäfer / Martina Braun  
Zimmer 119 / 120, 1. OG  
Telefon 06108 - 601 100  
Telefax 06108 - 601 84 190  
d.tybussek@stadt-muehlheim.de

Sprechzeiten des Bürgermeisters  
Bürgersprechstunde  
Dienstag 16.30 - 17.30 Uhr  
oder nach Vereinbarung

Sprechzeiten Rathaus  
Telefon 06108 - 601 0  
Montag, Dienstag, Donnerstag  
und Freitag  
8.30 - 12.00 Uhr  
Dienstag  
14.00 - 17.45 Uhr



Wichtige Voraussetzungen für ein funktionierendes demokratisches System sind vor allem politische Transparenz und Wahrheit. Dazu gehört, dass wir in den Städten und Gemeinden die Menschen nicht nur aufnehmen, sondern integrieren müssen. Das benötigt Zeit, finanzielle Ressourcen, den Abbau von bürokratischen Hemmnissen und vieles mehr.

Es ist daher höchste Zeit, dass Bundes- und vor allem auch Landespolitiker sich dieser Wahrheit stellen und überzeugende Vorschläge unterbreiten, wie Städte und Gemeinden diese Endlichkeit finanziell und vor allem organisatorisch bewerkstelligen können. Es gilt vor allem, den sozialen Frieden und die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen in den Kommunen zu erhalten.

Ich appelliere eindringlich an Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die nicht übersehbare, teilweise chaotisch ablaufende Zuweisung in die Kommunen zu stoppen. Es kann nicht sein, dass Bund und Land Zelte räumen, die dann in und von den Kommunen aufgebaut werden müssen. Gleiches gilt für die Bereitstellung von Sporthallen und Versammlungsstätten. Bislang konnten wir mit größter Anstrengung und vielen Helfern vor Ort über 285 Menschen in unserer Stadt dezentral unterbringen, nun kommen wir nicht umhin, ein Zelt für bis zu 140 Menschen aufzustellen.

Wir müssen endlich zu einer planbaren Zuwanderung kommen - um der Flüchtlinge willen, die eine menschenwürdige Behandlung erwarten, und der Kommunen und der vielen Freiwilligen willen, die in ihrem Engagement momentan überfordert werden.

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und sehe Ihrer Antwort mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Tybussek  
Bürgermeister